

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Rückabwicklung Energieanteils-Verkauf/Prüfung der Machbarkeit durch Stadtwerke

GR. **Herper** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag.

GR. **Herper**: Herr Vizebürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Mit Gemeinderatsbeschluss vom 4. Juli 2002 wurden 49 Prozent des Energiebereiches der Grazer Stadtwerke an die mehrheitlich in Landeseigentum befindliche Estag verkauft. Dies unter anderem auch im Lichte der damals seitens des Estag-Eigentümergebietes prognostizierten Entwicklungsmöglichkeiten, die sich durch eine derartige – in der mittlerweile geschaffenen Energie Graz GesmbH konzentrierten – Partnerschaft ergeben würden.

Vor nunmehr zwei Jahren galt die Estag in der Tat als ein entwicklungsfähiges, zukunftssträchtiges und florierendes steirisches Herzeigeunternehmen. Mittlerweile hat sich die Situation aber weit gehend geändert: Die Estag ist auf Grund vieler, in den letzten Wochen mehr als umfassend in den Medien kolportierter, Umstände derart in negative Schlagzeilen geschlittert, dass ein eigener Untersuchungsausschuss des Landes eingerichtet werden musste; Aufsichtsratsmitglieder wurden ausgetauscht, Vorstände kurzerhand entlassen, der Bundesrechnungshof nimmt sich der Estag an. Die Zukunftsperspektiven der Estag stehen somit in den Sternen – die Mutmaßungen gehen sogar so weit, dass in einigen Monaten die Estag als solche, nämlich als ein mehrheitlich im Eigentum des Landes befindliches Unternehmen, überhaupt nicht mehr existent sein könnte.

Und auf der anderen Seite haben wir mit der mehrheitlich im Eigentum der Stadtwerke bzw. der Stadt befindlichen Energie Graz GesmbH jedoch ein sehr gut geführtes Unternehmen, das es sich nicht verdient hat, mit den Estag-Kalamitäten in Zusammenhang gebracht zu werden, wie dies seitens des interimistischen Vorstandes Johannes Ditz bereits mehrfach getan wurde. Das haben weder die MitarbeiterInnen der Energie Graz, die dadurch auf das Höchste verunsichert werden, verdient, noch kann dies im Interesse der Grazer Stadtwerke beziehungsweise der Stadt Graz als Stadtwerkeigentümerin sein.

Faktum ist aber auch, und das kommt erschwerend hinzu: Seitens der Estag wurden vor zwei Jahren im Zuge der Verhandlungen über die Teilübernahme des Energiesektors eine Reihe von Zusagen, ich sage Zusagen, Kollege Schmalhardt, gegenüber den Stadtwerken getätigt, die allesamt nicht eingehalten wurden – das so genannte Vorteilspaket, mit dem die Estag für die Partnerschaft geworben hat, hat sich als Muster ohne Wert erwiesen: Weder wurden über diese Kooperation den Stadtwerken beziehungsweise der Energie Graz 100.000 weitere EnergiekundInnen zugeführt, noch wurde ein Fuhrparkmanagement geschaffen, um nur zwei Beispiele daraus zu nennen. Was schon an sich Grund genug wäre, über eine Rückabwicklung dieses Teilverkaufs des Energiesektors Überlegungen anzustellen.

Noch dazu kommt auch noch, dass der interimistischen Estag-Vorstand Johannes Ditz selbst schon mehrfach diese Kooperation in Frage gestellt hat. Einerseits wurde von ihm mehrmals öffentlich geäußert, dass neuerliche Bewertungen ergeben hätten, dass der Estag-Anteil an der Energie Graz bestenfalls, Herr Kollege Piffli-Percevic, 49 Millionen Euro, also die Hälfte des seinerzeitigen Kaufpreises wert wäre. Und andererseits hat Herr Ditz ebenfalls schon bei mehreren Gelegenheiten kundgetan, dass ein nur 49 Prozentanteil für die Estag aus seiner Sicht, ich sage aus seiner Sicht, für wirtschaftlich-strategische Aktivitäten nicht ausreichend und somit nicht zielführend wäre.

Was also läge näher, als eine Rückabwicklung der Transaktion ins Auge zu fassen, wie dies offensichtlich ohnehin für alle Beteiligten von Vorteil wäre.

Der Vorteil für die Estag: Nachdem grundsätzlich nicht davon auszugehen ist, dass dieser Estag angesichts der Erfahrungen, die die Stadtwerke beziehungsweise die Stadt gemacht haben, auch nur einziger weiterer Prozentpunkt an Energieanteilen verkauft wird, wird die Estag die aus ihrer Sicht zwingend notwendige Mehrheit an der Energie Graz nie erhalten können; gleichzeitig könnte die Estag bei einer Rückabwicklung des Geschäftes, nämlich auf Basis der von Estag-Vorstand Ditz genannten 49 Millionen Euro, auch aus der Haftung des ohnehin umstrittenen 300-Millionen-Euro-Kredites für die Energie Graz entlassen werden, um damit für die Zukunft wieder freier disponieren zu können. Was im derzeitigen Zustand der Estag ja nicht so unwichtig wäre.

Der Vorteil für die Stadtwerke: Sie wären nicht mehr an einen Partner gebunden, dessen Zukunftsperspektiven im Unklaren sind, dessen künftige Eigentümerstrukturen gleichfalls im Unklaren gelassen werden.

Dass die Kosten für die Rückabwicklung keineswegs das Stadtbudget belasten dürfen, ist uns klar allen miteinander, doch Fachleute gehen ohnedies davon aus, dass über die Stadtwerke beziehungsweise die Energie Graz neben der erwähnten 300-Millionen-Euro-Haftung auch der Rückkaufpreis finanziert werden könnte.

Und somit wäre eine solche Rückabwicklung in letzter Konsequenz eine Lösung, die für alle Beteiligten – die Stadtwerke, die Stadt Graz und die Estag selbst – ein Gewinn wäre. Vor allem wäre aber eine derartige Rückabwicklung auch von Vorteil für die Grazerinnen und Grazer, wie die jüngsten Diskussionen um die für die betroffenen privaten EnergiekonsumentInnen unverständliche Strompreiserhöhung, ich selbst bin ein Betroffener, und die Null-Bereitschaft des Landes als Mehrheitseigentümer, gegen diese Strompreiserhöhungen Position zu beziehen, beweist. Diese geplante Erhöhung, Herr Kollege Schönegger, wäre ja auch durch den Verzicht des Landes auf eine Dividendenausschüttung in der Höhe von 4,6 Millionen Euro jetzt, ich sage jetzt, noch immer verhindert, siehe auch der letzte Strompreisgipfel, der am Freitag stattgefunden hat, der wie das Hornberger Schießen ausgegangen ist.

Aus den im Motivenbericht angeführten Überlegungen heraus wäre jedenfalls eine Machbarkeitsüberprüfung durch die Stadtwerke AG betreffend Möglichkeiten einer Rückabwicklung der Anteilsveräußerung auch insofern dringend erforderlich, als im Falle einer Änderung der Estag-Eigentumsverhältnisse, sprich: in Folge einer Veräußerung durch das Land, wie dies bereits kolportiert wird, eine entsprechende Positionierung raschest erfolgen müsste, von Stadtseite her. Und ehe vom Land als Mehrheitseigentümer die Estag an den Verbund oder gar an ausländische InteressentInnen verkauft wird, sollte auf jeden Fall der Energie-Graz-Anteil der Estag vom Land – und das werden sich die Grazerinnen und Grazer mit gutem Recht erwarten dürfen – zu einem korrekten Preis zum Rückkauf angeboten werden. Die Grazerinnen und Grazer werden kein Verständnis dafür haben, wenn die nun dem Landesunternehmen Estag gehörenden Anteile ihrer Energie Graz schlussendlich „entsteirert“ und an irgendwelche ausländischen Interessenten abverkauft werden, bloß um das Landesbudget zu sanieren.

In diesem Sinne stelle ich daher namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

der Gemeinderat der Stadt Graz möge die zuständigen Organe der Grazer Stadtwerke AG beziehungsweise der Energie Graz im Sinne des von mir vorgetragenen Motivenberichtes ersuchen, die Machbarkeit der Rückabwicklung der Veräußerung des 49 Prozent-Anteils an die Estag durch die Stadtwerke AG in Bezug auf die finanziellen und zeitlichen Rahmenbedingungen zu überprüfen und dem Eigentümer bis Ende Juni dieses Jahres die Ergebnisse zur Kenntnis zu bringen. Ich danke Ihnen (*Applaus SPÖ*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 15.03 Uhr den Vorsitz.

GR. Mag. **Frölich** zur Dringlichkeit: Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Danke für diese umfangreiche Darstellung im Motivenbericht. Mir fällt auf, dass ein ganz wesentlicher Punkt nach meiner Einschätzung in diesem Bericht fehlt. Wenn man etwas kaufen will, braucht man einen Verkäufer und ich gehe nach dem derzeitigen Stand der Dinge davon aus, dass die Estag nicht bereit sein wird, eine 49-%ige Beteiligung am Netz der Landeshauptstadt Graz einfach so herzugeben. Ich gehe weiter davon aus, dass sehr, sehr gut verhandelt wurde, wenn ich einen Rückblick machen darf, denn jener Preis, den wir dafür lukriert haben, war, und das werden Sie mir, glaube ich, bestätigen, ein sehr, sehr stolzer. Das ist sicherlich einmal ein großer Vorteil, der schon für Graz, wenn Sie so wollen, in die Scheune gefahren wurde. Wichtig scheint mir allerdings ein ganz großer Blick in die Zukunft. Wir stehen vor der Tatsache, dass der Strommarkt sich liberalisiert hat. Wir stehen vor der Tatsache, dass der Strommarkt sich weiter liberalisieren wird und damit verbunden natürlich eine klare Hinwendung zu einer freien Marktwirtschaft stattfindet. Es ist nicht so, dass der Strompreis von irgendwo diktiert werden kann oder

angeschaffen werden kann, wir verlangen jetzt dies oder das. Das Umfeld, das sich hier bildet, ist eines von großen Stromkonzernen, von Energieanbietern, denen die Stirn geboten werden muss. Und ich denke, dass ein Alleingang der Grazer Stadtwerke, in welche Form auch immer, ohne auch operativ entsprechend aufgestellt zu sein, aus heutiger Sicht völlig undenkbar wäre und wir die Grazer Stadtwerke mit einem Energiebereich belasten würden, der sich sicherlich auch negativ für alle Non-Profit-Bereiche, die es zu betreuen gilt, auswirken würde. Es geht also, wenn es um die Zukunft der Stadterke geht, nicht so sehr darum, wer dort sitzt, sondern ich glaube, es ist ganz wichtig, dass man sieht, dass eine Energiepreissenkung...

Zwischenruf GRin. Edlinger: Estag brauchen die Stadtwerke und nicht umgekehrt.

Mag. **Frölich**: ...nicht über die Veränderung der Eigentümerstruktur in der Form, dass man jetzt rückkauf erfolgen kann, weil das würde ja in konsequenter Weise dann bedeuten, dass man die gesamte unternehmerische und kaufmännische Führung der Grazer Stadtwerke in Frage stellt, das kann es ja auch nicht sein. Wir müssen denken, die Stadtwerke produzieren ja nicht, die kaufen Energieprodukte und verkaufen Energieprodukte, müssen sich an diesem Markt, der den Preis bildet, orientieren. Und ich denke, es ist auch eines ganz wichtig, hier wurde vor einigen Jahren eine ganz, ganz wichtige Entscheidung getroffen, es wurde ein junges Unternehmen gegründet, das möchte ich jetzt einmal als Selbständiger so sagen, ein junges Unternehmen hat einfach eine sehr, sehr schwere Aufgabe, hier sind verschiedene Interessen, die zusammengeführt werden müssen, hier sind verschiedene strategische Ausrichtungen aufeinander abzustimmen, strategische Entscheidungen zu treffen und ich glaube abseits der Problematik, die uns auch der Herr Beteiligungsreferent im Zusammenhang mit der früheren Anfrage geschildert hat, abseits der Problematik, was können wir denn überhaupt und was dürfen wir denn überhaupt, vergessen wir nicht, dass wir es mit einem selbst verantwortlichen

Unternehmen, mit einer Aktiengesellschaft zu tun haben, deren Organe selbst verantwortlich handeln. Ich darf im Namen der ÖVP-Gemeinderatsfraktion ich also der Dringlichkeit in diesem Fall sozusagen eine Absage erteilen. Wir werden dem nicht zustimmen (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Kollege Herper, Sie haben ja heute nach dem Adenauer-Motto gehandelt: Nichts hindert mich, täglich klüger zu werden. Nachdem geht es ja, nachdem sie jetzt auf einmal, wo Sie vor eineinhalb oder vor zwei Jahren sehr wohl dabei waren, wobei Sie auch damals nur halbherzig, oder Ihre Fraktion damals nur sehr halbherzig dabei waren. Ich habe das, gestatten Sie mir, ich habe das live miterlebt, weil ich ja damals noch die Ehre hatte, bevor ich da hinauskomplimentiert wurde, Aufsichtsrat der Stadtwerke zu sein, damals wurde schon von Ihnen und gerade von Ihrer Fraktion, Ihr damaliger Fraktionsvorsitzender hat ja im wahrsten Sinne des Wortes kalte Füße bekommen, weil zuerst ist es ja darum gegangen mehr an den Stadtwerken zu verkaufen, dann wurde diese, muss ich auch sagen, aus meiner Sicht, immer schon hatscherte Lösung getroffen, nur sozusagen einen kleinen Teil zu verkaufen, also Ihr Vorsitzender hat kalte Füße bekommen, Sie sind dann mit Angstargumenten durch die Stadt marschiert, haben dann gesagt, oje, oje die Stadtwerke werden verkauft, damit wird unser Wasser verkauft, sozusagen, den Grazern wird das Wasser weggenommen. Diesen Fehler, unter Anführungszeichen, den Sie aus Ihrer Sicht dann begangen haben, den wollen Sie jetzt wieder rückgängig machen? Und mein Vorredner, der Herr Magister, hat das ja schon gesagt, das Wesentliche an der ganzen Sache fehlt ja. Ich kann heute jederzeit Ihr Auto kaufen, nur wenn Sie es mir nicht verkaufen, dann werde ich es nicht kriegen, folglich hat man die Rechnung ohne den Wirt gemacht, sondern es wird heute etwas in den Raum gestellt wieder aus rein politischen Überlegungen, hier wird politisches Kleingeld gewechselt, man versucht einfach wieder, dem Bürger etwas vorzumachen, indem jetzt wieder einmal jemand beauftragt wird. Ich frage mich, wie viel wird das kosten, wahrscheinlich werden wir wieder fünf Weise beauftragen, die dann Länge mal Breite abkassieren werden und dann wahrscheinlich zur Überzeugung kommen, dass es doch nicht gehen wird, dann. Weil wir haben das damals schon erlebt, was die fünf Weisen, Sie

wissen es ja, dass die fünf Weisen ja damals ganz schön mitkassiert haben. Also aus unserer Sicht ist sicherlich eine Dringlichkeit nicht gegeben, umso mehr, und da darf ich Sie an einen Rechnungshofbericht erinnern, den wir alle in diesem Haus beschlossen haben, wo unter dem Punkt auf Seite 6 zum Schluss steht, dementsprechend zeigen auch die Kennzahlen des Rechnungsabschlusses 2002 weiterhin negative Tendenzen und die sich ergebende Finanzlücke kann kurzfristig nur durch den Erlös aus dem Verkauf von Anteilen der Grazer Stadtwerke AG, ich darf noch einmal zitieren, der Grazer Stadtwerke AG, gedeckt werden. Also ich frage mich, wo wollen Sie das Geld hernehmen, wenn natürlich dann auch der Verkäufer dem zustimmen und natürlich einen entsprechenden Preis haben will, dann frage ich mich, wo nehmen Sie das Geld her, wo in den letzten Gemeinderatssitzungen ja eher nicht unbedingt gerade hier der Hans im Glück mit der großen Geldtasche, sondern eher Siegfried von der leeren Tasche ehre zu sprechen ist dann. Also ich glaube nicht, dass wir jetzt hier groß durch die Reihen gehen können und irgendwelche Sachen zurückkaufen. Ich aus meiner Sicht würde eher fast sagen, man sollte wirklich einmal den mutigen Schritt, den Mut haben zu fragen, ob es nicht besser wäre, diese Konstruktion aufzulösen und sich komplett von den Stadtwerken zu trennen und eben hier die Möglichkeit zu finden, für die Stadt eine zusätzliche Einnahmequelle zu schaffen, weil es zeigen ja andere Städte, dass es nicht so furchtbar ist, wenn die Stadt nicht unbedingt Besitzer der Stadtwerke ist. In diesem Sinne werden wir der Dringlichkeit nicht zustimmen (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

GRin. **Binder** zum Antrag: Zu dem dringlichen Antrag der SPÖ: An sich habe ich was, wenn es um so wichtige Dinge geht, gegen taktierische Spielereien und gegen Panikmache und gegen Populismus. Die Sache ist wirklich eine sehr ernste und ich bin aber auch Pädagogin und denke mir, jeder kann dazulernen und ich nehme an, die SPÖ hat auch ein bisschen etwas dazugelernt, denn sie hat ja dem Verkauf zugestimmt und man kann sich nicht hinausreden und sagen, es hat ja damals eine schwarz/blau Mehrheit gegeben, was hätte man den tun sollen. Na

wenn es eine Mehrheit gegeben hätte, hätten wir eh die abstimmen lassen können, man hätte ja nicht mitstimmen müssen. Aber immerhin, Sie sind heute ein Stück klüger, ich nehme an, es waren sowieso immer wieder ein paar Leute unter der SPÖ, die das auch damals anders gesehen haben, man kann sich halt auch nicht immer durchsetzen. Was ich aber schon anbringen möchte, was die SPÖ betrifft: Heute so zu tun, als hätte man damals nicht gewusst, worauf man sich einlässt, wenn man mitstimmt, das ist ein bisschen zu billig. Die Warnungen waren wirklich unüberhörbar, sie waren eindeutig, sie wurden aber in den Wind gefegt, sie wurden nicht ernst genommen, wie ich das leider sehr oft ja auch bei anderen, sehr wesentlichen Sachen hier in diesem Gemeinderat erlebe. Ich bin sogar deswegen ganz und gar für die Dringlichkeit dieses Antrages gewesen, weil der Herr Korschelt zum Beispiel gemeint hat, man soll sich ja überhaupt überlegen, ob man die Stadtwerke sowieso irgendwie abstoßt oder wie auch immer. Ja, das würde zwar Ihrer Ideologie entsprechen, das wäre ganz eine schlimme Sache, Sie wissen, wir sind gegen jede Form einer weiteren Privatisierung, hat uns bewogen zu sagen, es ist einfach dringlich, was die SPÖ da einbringt, daher unterstützen wir das. Was die Stadtwerke selber betrifft, ich bin immer erstaunt, ich bin ja jetzt erst in diesen Gemeinderat hereingekommen und habe immer gehört, ja die Stadtwerke, die müssen neue Geschäftsfelder bekommen, da muss jetzt wirklich ein Ruck durchgehen, bis jetzt ist überhaupt nichts passiert. Es ist da der Beschluss gefasst worden, Stadtwerke und Flughafen, Informationen gibt es seither überhaupt keine mehr, wie schaut das jetzt wirklich aus mit dem Flughafen, wie geht das weiter, welche Berechnungen gibt es? Nichts, da ist nichts da, da ist dicht gemacht worden, absolut dicht gemacht worden, abgesehen davon, dass wir aus dem Aufsichtsrat auch dank der SPÖ hinauskatapultiert wurden, tut uns nach wie vor schon weh. Also im Grunde genommen möchte ich sagen, die SPÖ hätte diesen dringlichen Antrag so nicht stellen müssen, aber ich bin trotzdem der Meinung, dass wir diesem dringlichen Antrag inhaltlich unsere Unterstützung geben werden (*Applaus Grüne und Teile SPÖ*).

GR. **Schmalhardt:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine werten Kolleginnen und Kollegen! Am Beginn meiner Ausführung sei mir ein kurzer Rückblick an meine erste

Anfrage an den Herrn Finanzstadtrat erlaubt. Ich möchte ein paar Sachen aufklären. Ich glaube, ich habe hier im Haus bewiesen, dass ich sehr wohl die Causa Stadtwerke verstehe, dass ich auch Verständnis habe für Rechtstreue und ich mir nicht einfache Gesetze hier in einem Exkurs näher bringen brauche, das einmal zum vorhergehenden Auftritt. Jetzt zum Antrag selbst: Schaden tut nie was, aber notwendig wäre es nicht gewesen. Jetzt zum Verständnis Causa Stadtwerke. Wie Sie sich vielleicht erinnern können, habe ich bereits am 4. Dezember 2003 eine Anfrage an den Herrn Bürgermeister gerichtet mit einem Inhalt ähnlich Ihrem von der SPÖ heute gestellten Antrages auf Rückkauf. Ich möchte hier einige Punkte anbringen, die ich damals beantragt habe. Der Gemeinderat möge die seinerzeitigen flankierenden Maßnahmen vom Gemeinderatsbeschluss 2002, die Umsetzung bei den Stadtwerken durchsetzen. Dabei geht es eben um diese gesagten 100.000 Energiekunden und andere Dienstleistungen, die die Energie Graz bekommen hätte sollen, beziehungsweise die Grazer Stadtwerke. Es geht hier auch um andere Dinge, wie Abschluss eines Dienstleistungsvertrages für die Grazer Stadtwerke Rest AG, die ein Bestandteil der Überlebenschance für die Rest AG derzeit bedeutet. Es geht da um mindestens 100 Mitarbeiter, die derzeit täglich darum zu kämpfen haben, ob die Energie Graz, hören Sie, meine Damen und Herren, an der wir 51 % besitzen, bereit ist, diese Dienstleistungen, die ich täglich erbringe, bezahlt. So stehen wir heute da, so eine Unternehmenskultur haben wir bei den Grazer Stadtwerken und das ist traurig. Das ist nur der Beginn meiner Ausführung, bitte damit Sie nicht glauben, ich verstehe von den Grazer Stadtwerken nichts. Die Partner haben nicht wir ausgesucht, unsere Warnungen 2001 bis heute wurden der Lächerlichkeit und der Unwahrheit und dem Nichtwissen zugeordnet, nur das möchte ich auch einmal sagen. Und jetzt zum Antrag selbst, meine Stellungnahme. Wir könnten uns von der KPÖ-Fraktion eigentlich sehr freuen, dass die SPÖ mit ihrem Vorsitzenden eine Kehrtwendung von 180 Grad gemacht hat, aber meine Freude und unsere Freude hält sich beim Ernst der Lage wirklich in Grenzen, das können Sie mir glauben. Damals mussten wir uns Vorwürfe gefallen lassen, dass wir mit einem Nein zum Teilverkauf des Energiesektors die Zukunft der Stadtwerke gefährden. Horchen Sie gut zu, die Zukunft der Stadtwerke gefährden, jetzt bestätigte Ferk, dass eben der Verkauf der Estag die Zukunft der Stadtwerke in Gefahr bringt, also 2002 wären Sie wirklich gefordert gewesen, hier nein zu sagen, und wie die Kollegin Binder schon gesagt hat, es war kein Grund, dass Sie, nachdem Sie uns auf die Straße geschickt

haben zum Unterschriftensammeln, uns dann in den Rücken gefallen sind. Das ist die Wahrheit, meine Herrschaften von der SPÖ, und jetzt müssen wir uns wirklich fragen, wie ernst ist dieser Antrag, den Sie hier einbringen? Diese Frage sei wirklich erlaubt und ich möchte jetzt ein paar Zitate, die im Zusammenhang mit Verkauf und Rückkauf von Ihrem Parteivorsitzenden getätigt wurden. Am 16.3.2004, ganz knapp vor der Arbeiterkammerwahl und Betriebsratswahl der Grazer Stadtwerke, hörten wir: „Die Erwartungen auf Versprechungen, die mit der Estag-Beteiligung an die Energie Graz geknüpft wurden, haben sich bei weitem nicht erfüllt.“ Bei der Estag weiß man nicht, wohin der Weg führt. „Damals beim Verkauf: Mit der Hereinnahme der Estag als strategischen Partner bieten sich für die Stadt Graz einzigartige Entwicklungschancen, wir haben damit ein Zukunftspaket für Graz geschnürt.“ Weiters Heute über den Verkauf: „Viel herausgekommen ist unter dem Strich nichts.“ Da muss ich dem Walter Recht geben, damals in der Gemeinderatssitzung: „Damit der Beschluss von heute die Zukunft der Grazer Stadtwerke von morgen bedeutet und damit Verantwortung zum Ausdruck bringt, wird die sozialdemokratische Partei diesem Stück ihre Zustimmung geben,“ also von Zwang bei der Abstimmung habe ich damals nichts gemerkt. Heute sagt mein Freund Walter: „Wir müssen die Konsequenzen ziehen, denn die Stadtwerke, die Stadt Graz und die Grazer Bevölkerung haben von dieser Partnerschaft rein gar nichts.“ Damals: „Die steirische Lösung heißt Sicherung der Energieversorgung und Angebotsverbesserung für die Bevölkerung und nochmals Sicherung der Arbeitsplätze der Stadtwerkebediensteten, Dienstleistungsvertrag und auch der Estag-Bediensteten.“ Es ist ja sehr schön, lieber Kollege Gewerkschaftssekretär, dass dir das so Spaß bereitet, mir ist es ernst, ich bin 42 Jahre in dem Unternehmen und mir ist es wirklich ernst.

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Schmalhardt:** Deine Zwischenrufe sind immer so amüsant. Es geht ja lustig weiter in unserem Unternehmen, wir sprechen heute hier allen Ernstes von Rückkauf, bei uns im Haus wird darüber debattiert, welche gewinnbringenden Teile

wir noch vergesellschaften können, dass man zumindest den Schein wahren, dass wir neue Geschäftsfelder finden, das heißt, der hoch gewinnbringende Teil der EDV und Nachrichtentechnik, Telekommunikation genannt, soll mit dem gesamten Lichtwellenleiternetz, das wir mühsam aufgebaut haben in den letzten 20 Jahren mit Geld der Grazer Stadtwerke soll vergesellschaftet werden, das heißt ausgegliedert, natürlich wieder mit zwei Geschäftsführern, ist ja eh klar, wenn es geht schwarz/rot, damit es ein bisschen ein Gesicht auch hat das Ganze und so geht es weiter. Weiters sollen die Dienstleister 60 Mitarbeiter, die die Strom-Gas-Fernwärmeabrechnungen machen, zu der Energie Graz versetzt werden, das ist für mich kein Finden von neuen Geschäftsfeldern, sondern Schwächung der Rest AG. Wir werden natürlich diesen Antrag des Rückkaufes, wenn wir auch nicht ganz überzeugt sind, dass es umsetzbar ist, weil, wie der Kollege schon gesagt hat, der Verkäufer muss erst gefunden werden, werden wir diesem Antrag zustimmen. Noch ein paar Dinge wären ganz wichtig zu der Finanzierung. Wie Sie alle wissen, „das junge Unternehmen“ hat da irgendjemand gesagt, Grazer Energie GesmbH Co KG ist, glaube ich, weit über 100 Jahre alt, also so jung ist das Unternehmen nicht und ein Unternehmen wird ja nicht jünger, wenn sich der Besitzer verändert. Also bei der Gründung des Unternehmens, das ja bisher einen satten Gewinn abgeworfen hat, hat einen Rucksack umgehängt bekommen von 300 Millionen Kredit. Das ist eine jährliche Rückzahlungsrate bei zehnjähriger Tilgung von etwa 36 Millionen Euro. Das ist weit mehr, als wir dort verdienen. Wenn wir jetzt, angedacht ist, dass die Grazer Stadtwerke das zurückkaufen, das heißt, von dem Gebiet etwa 100 Millionen nehmen, die Energie zurückkaufen, dann haben wir die 300 Millionen, die Energieschiene haben wir wieder zu 100 Prozent bei uns, 66 Millionen sind beim Flughafen geparkt derzeit, da haltet sich die Begeisterung der SPÖ, wie ich höre, auch schon in Grenzen, weil die Dividende, die im Businessplan steht, einfach nicht stimmt. Wie ich das gesagt habe, war das nicht wahr, mittlerweile sind die Herrschaften draufgekommen, dass die Dividende nicht so hoch ist, wie angedacht, also haben wir 166 Millionen Euro von den 300 Millionen schon verbraucht. Bleiben zum Veranlagen 134, die 134 bringen aber dann nicht mehr den Ertrag für die Straßenbahnfinanzierung. Also bitte, wir können ja nicht glauben, auch immer wieder betont, Steuer schonende Transaktionen, wie es so schön heißt hier im Haus, wird ja das Geld nicht vermehrt. Und ich frage mich wirklich, wie soll das funktionieren, wenn man vom linken Sack in den rechten Sack die Millionen schaufelt, also ich verstehe

es nicht, aber bitte vielleicht kann mich jemand aufklären. Des weiteren wird immer wieder vergessen, bitte hören Sie zu, meine Damen und Herren, 180 Millionen Verpflichtungen bei Kreditinstituten hat, also 300 Millionen, die Energie Graz und die Reststadtwerke 180, sind 480 Millionen. Wir sind am Rande der Liquidität, das ist die Wahrheit. Und noch etwas zur Estag und Steweag, Steg, was mir heute nicht ganz gefallen hat, weil einige Vorstandsmitglieder und Aufsichtsratsmitglieder und leitende Herren bei der Estag, ich sage einmal vielleicht, nicht ganz ihren Geschäften nachgekommen sind, wird auf die Belegschaft dort vergessen, die eine hervorragende Arbeit leistet, einen Gewinn bringenden Betrieb habt, also bitte die Firma nicht in einem Topf hauen, es geht hier um ein paar leitende Herrschaften, die werden sich verantworten müssen und die Belegschaft, bitte ich, wirklich zu berücksichtigen, dass die dort eine anständige Arbeit leistet (*Applaus KPÖ*). Des Weiteren glaube ich, wäre es jetzt wirklich an der Zeit, Ruhe in unser Unternehmen einkehren zu lassen und man sollte sich wieder nicht versteigen in visionäre Geschäftsfelder, die liegen nicht auf der Straße, man sollte sich wieder besinnen auf das Kerngeschäft, das, was wir können und das ist die sichere und günstige Versorgung der Grazer Bevölkerung mit Energie und Verkehr. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

Bgm.-Stv. **Ferk**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte vielleicht beginnen mit dem Schlusssatz des Kollegen Schmalhardt, der da gemeint hat, es geht ja letztendlich um die Grazer Bevölkerung, um die Versorgungssicherung und ich möchte natürlich auch dort einsteigen am Beginn, wo die Kollegin Binder zum Ausdruck gebracht hat, dass sie gemeint hat, natürlich ist die Ernsthaftigkeit der Situation, aber wohl auch dieses Antrages, herauszustreichen. Es hat, meine Damen und Herren, vom Jahre 2002 bis zum heutigen Tag sich sehr viel geändert. Und ich bekenne mich dazu, dass die sozialdemokratische Fraktion im Jahre 2002 nicht leichten Herzens, aber in der Verantwortung damals auch auf Grund, das muss ich wohl feststellen, der politischen Verhältnisse und Mehrheitsverhältnisse im Gemeinderat vehementest die Linie vertreten hat, es ist besser mitzuverhandeln, als zum Unterschied auch der KPÖ zu sagen, wir bleiben überhaupt draußen und dann soll halt eine Mehrheit des Gemeinderates jetzt die

Entscheidung tragen. Das haben wir nicht getan, weil wir das nie in Wirklichkeit tun, denn Gestalten heißt auch, Verantwortung zu übernehmen. Aber was war den 2002? Damals wurde uns vieles versprochen, durch Aussagen der damaligen Vorstände der Estag, ist hier alles protokolliert. Ja, selbstverständlich ist und damals war auch die Estag ein erfolgreiches Unternehmen. Niemand hat im Jahr 2002 vorhergesagt können, dass die Estag in ein Debakel schlittert, wie es seit dem Zweiten Weltkrieg in diesem Land noch nie gegeben hat, das muss wohl festgestellt werden, denn damals hat die Estag sehr deutlich versprochen, dass unter dem Gesichtspunkt der Liberalisierung selbstverständlich die Kooperation für die Entwicklung und für die Stärke der Grazer Stadtwerke von Vorteil ist. Und man hat unter anderem, und ich bin froh, dass der Herr Gemeinderat Frölich sich eindeutig zu den Überlegungen der ÖVP-Linie bekannt hat, nämlich, er hat es verschlüsselt gesagt, zum Unterschied vom Kollegen Korschelt, er hat von der Liberalisierung gesprochen und hat eigentlich gemeint, man müsste den anderen Weg gehen, ähnlich, wie es Dietz gesagt hat. Korschelt hat überhaupt etwas sehr deutlich gesagt und damit kann ich auch die Argumentationslinie verdeutlichen der SPÖ, Sie haben nämlich damals gesagt, wir hätten überhaupt schon eigentlich gemeint, man hätte nicht 49 % verkaufen sollen, sondern mehr als 49 % und da gebe ich Ihnen Recht, Ihre politischen Vertreter haben in der ersten Runde überhaupt schon von 75 % und mehr gesprochen. Und es war die SPÖ, die am Verhandlungstisch geblieben ist, die es verhindert hat, dass heute die Estag Mehrheitseigentümer ist, um Gottes Willen, wenn das geschehen wäre (*Applaus SPÖ*). Also da ist schon auch eine grundlegende Positionierung gewesen und uns war immer wichtig, dass erstens die Strompreise durch die Kooperation sinken, das ist nicht eingetreten, uns war immer wichtig, dass die Versorgungssicherheit der Bevölkerung gegeben ist und uns war immer wichtig, dass in Wirklichkeit auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abgesichert worden sind durch die Dienstleistungsverträge. Und jetzt, meine Damen und Herren, sind eben durch die veränderte Situation und die Problematik der Estag sind neue Personen in Verantwortung getreten und sie haben in der Öffentlichkeit natürlich sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, was sie denn von dieser Kooperation halten. Aussagen von Dietz, glaube ich, haben Sie ebenfalls so wie wir vernommen, er hat nicht nur gemeint, an und für sich ist es alles eh nichts wert, er hat das Unternehmen Energie Graz schlecht geredet, sondern er hat darüber hinaus noch gesagt, na, wenn es notwendig ist, kaufen wir überhaupt noch die 51 %. Und Dietz hat auch zum

Ausdruck gebracht, ja das, was 2002 durch Organbeschlüsse, durch Gemeinderatsbeschlüsse, durch die Steiermärkische Landesregierung im Einvernehmen beschlossen worden ist, gilt überhaupt nicht, er hat gesagt, die Haftungsübernahme müssen wir hinterfragen, er hat gesagt, der Dienstleistungsvertrag ist zu hinterfragen, ja, meine Damen und Herren, wo kommen wir denn hin, dass wir einem derartigen Partner noch länger die Möglichkeit geben, sich in dieser Weise über das Energieunternehmen und über die Bediensteten hier auszulassen. Und damals ist auch versprochen worden eine steirische Lösung. Meine Damen und Herren, wir wissen heute nicht und deswegen, glaube ich, ist dieser Antrag auch wirklich dringlich, wir wissen heute nicht, wohin die Estag sich bewegt, geht sie in eine Verbundgesellschaft auf, geht sie überhaupt in andere private Unternehmen auf, und daher ist es durchaus sinnvoll, einmal die Frage zu stellen, umzudrehen und zu fragen, ob es nicht vernünftiger wäre, dass wir ein entsprechendes Anbot leisten können, nämlich die Stadtwerke, die mit dem Energieunternehmen, meine Damen und Herren, durchaus erfolgreich unterwegs sind. Da widerspreche ich jetzt dem Kollegen Schmalhardt, wenn man sich die Bilanzsummen anschaut und wenn man sich die Umsatzerlöse anschaut, dann weiß man, dass in Wirklichkeit die Energie Graz im Jahre 2003 hervorragend abschneidet und in der Lage ist und das sage nicht ich, das sagen Fachleute innerhalb von zehn Jahren werden zum Beispiel die 300 Millionen Kreditaufnahme auch durch Rückzahlung zu bewältigen, ohne dass dabei das Unternehmen gefährdet wird. Und das muss man einmal sagen, dass es auch wirtschaftlich machbar ist und nicht nur politisch wichtig ist, nämlich für die Menschen in der Steiermark und in Graz. Und, meine Damen und Herren, noch etwas, es ist uns auch versprochen worden zum Beispiel die Arrondierung der Stromkunden, Sie wissen ja, wir sind Netzbetreiber und die Estag hat gesagt, aber wenn man diese Kooperation haben, dann bringen wir 100.000 Stromkunden noch ein. Bis zum heutigen Tag ist nichts geschehen, es wird gestritten, es wird über etwas gestritten, was an und für sich ausgemacht worden ist, auch durch Beschlüsse und, meine Damen und Herren, es ist auch wörtlich gesagt worden, ich muss das jetzt sagen, wörtliches Zitat aus der Estag-Präsentation: Langfristig günstige Strompreise durch Zugriff auf die Wasserkraft, die also die Estag hier eingebracht hat. Meine Damen und Herren, das hat alles nicht stattgefunden, ich könnte Ihnen jetzt und Sie können das ja auch tun, man könnte nachschauen, man könnte schauen, was noch alles versprochen worden ist, bis zu 1,1 Millionen Euro für

das Bad Eggenberg bis zur Förderung von neuen Lichtwellen in der Stadt etc., das alles war in Wirklichkeit im Anbot der Estag und damals für uns auch durchaus schlüssig. Und aus diesem Grund, meine Damen und Herren, dass wir heute sagen und man kann, es hat schon einmal ein deutscher Staatsmann von sich behauptet, man kann täglich klüger werden, aber man kann nicht nur täglich klüger werden, wie ich es zum Ausdruck bringe und meine Fraktion, sondern man muss auch Handlungen setzen, wenn sich die Rahmenbedingungen geändert haben und wenn das, was politisch ausgemacht worden ist und durch Beschlüsse, nicht hält. Und ich glaube, da ist ein dringender Handlungsbedarf gegeben, das erwarten sich die Grazerinnen und Grazer und daher möchte ich mich schon bedanken, dass dieser dringliche Antrag angenommen wird und dass es erkennbar werden wird, dass es machbar ist, den Weg zu beschreiten und zu sagen selbstbewusst, wir sind ein erfolgreiches Unternehmen im In- und im Ausland, wir sind selbstbewusst und wir können durchaus ein entsprechendes Angebot stellen (*Applaus SPÖ*).

Bürgermeisterstellvertreter Ferk übernimmt um 15.38 Uhr den Vorsitz.

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren, hoher Gemeinderat! Vor sechs Jahren hat die Diskussion um die Grazer Stadtwerke hier massiv begonnen. Auslöser war damals ein Besuch eines französischen Wasserunternehmens, die mich gebeten haben, ob ich mit Ihnen sprechen möchte. Ich habe dieses Gespräch damals geführt und dann hat es geheißen am nächsten Tag, da war jemand da und der Herr Stadtrat Nagl möchte das Wasser verkaufen. Ich habe dann immer wieder beteuert, dass die uns eigentlich einen Besuch abgestattet haben und das muss ja noch erlaubt sein, aber es war so und sie wollten eine strategische Partnerschaft uns anbieten, wie sie das auf der ganzen Welt tun, wir haben vom Anfang an gesagt, Wasser kommt für uns nicht in Frage, wir haben allerdings dann eine heftige Diskussion schon in den Medien gehabt und ich habe damals als Stadtrat gerne aufmerksam gemacht auf das, was dann letzten Endes eh passiert ist, dass sich unsere Grazer Stadtwerke zu verändern haben aus zwei wesentlichen Gründen. Das

eine ist, dass die Grazer Stadtwerke so gut wie mit null Eigenkapital ausgestattet war und auch bis zum heutigen Tag noch ausgestattet wären, hätte es nicht diese Entscheidungen gegeben. Die Grazer Stadtwerke hatten einen Eigenkapitalanteil, der unter der Berücksichtigung, dass die Pensionen nur zur Hälfte als Rückstellung verbucht waren, gerade noch positiv war, das ist gesetzlich auch zulässig und durchaus gefinkelt durchdacht, wenn allerdings damals schon die Pensionsrückstellungen voll eingesetzt hätten, hätte man mit den Grazer Stadtwerken eigentlich ein Verfahren einleiten müssen, das uns allen nicht gefallen hätte. Das heißt, die Eigenkapitalbasis der Grazer Stadtwerke waren in Wahrheit acht Prozent zum damaligen Zeitpunkt, wenn man es berücksichtigt hätte, wäre es weniger gewesen, aber die Decke war sehr dünn. Die Grazer Stadtwerke haben auch keine Möglichkeit mehr gehabt, weitere Kredite aufzunehmen und das war ein Beweggrund für mich, einmal zu sagen, wir sollten bitte drüber diskutieren. Der zweite Beweggrund ist und war ein liberalisierter Markt, der auf uns zugekommen ist, ein liberalisierter Markt, dessen Auswirkungen niemand hat beurteilen können. Alle Experten, die es damals gegeben hat und die es heute gibt, können zumindest eines klar und deutlich als richtig verbuchen. Es gibt jetzt schwierigere Bedingungen für Unternehmungen auf dem Strommarkt, weil es auch jemanden als Regulator gibt, der gewisse Kalkulationen etc. nicht mehr zulässt, ich sage das auch ganz klar, und man jetzt den Nachweis erbringen muss, wie es aussieht. Ich habe damals, nachdem es eine sehr heftige Diskussion war, die damaligen Stadtregierungsfraktionen eingeladen, weil ich nicht klüger sein wollte als alle anderen, so ist es auch dargestellt worden, der weiß schon wieder alles besser, habe ich gesagt, dann würde ich diese Diskussion gerne beenden und es ist mir deswegen wichtig, ich erzähle es Ihnen deswegen, weil viele neue Gemeinderatsmitglieder jetzt auch in dieser Periode dabei sind, dass sie wissen, was wir damals gemacht haben. Ich habe damals angeboten der Sozialdemokratie und der freiheitlichen Partei, dass wir uns gemeinsam fünf Experten aussuchen und dass wir diese fünf Experten dann einen Plan vorlegen lassen. Diese fünf Experten, vorgeschlagen damals war von Seiten der Sozialdemokratie der Herr Prof. Heindler, von Seiten der freiheitlichen Partei waren es der Herr Geschäftsführer Dengg, der Herr Univ.-Prof. Mandl und von Seiten der ÖVP habe ich Herrn Prof. Egger und Herrn Prof. Jud vorgeschlagen. Das waren die fünf Experten, wo wir gesagt haben, holen wir sie bitte auf eine Expertenebene, es ist eine fast nicht zu beurteilende Gesamtmaterie, wenn man

diesen Konzern betrachten möchte, und diese Herren haben dann Vorschläge gemacht. Diese Herren haben Vorschläge gemacht, die uns auf der einen Seite eines geschafft haben, dass die Eigenkapitalausstattung unseres Unternehmens Stadtwerke heute hervorragend ist, weil ja auch mehr als 300 Millionen an Barm dort veranlagt worden ist, was für mich damals wichtig war und mir tut es weh, dass wir diesen Beschluss heute fassen werden, weil, wenn ich zusammenzählen darf, auf Grund der Wortmeldungen dann auch dieser Antrag durchgeht. Gegenüber unseren Mitarbeitern, der Geschäftsführung klar signalisieren, dass wir uns mühsam zu einem neuen Weg durchgerungen haben, und ich gebe schon zu, die Sozialdemokratie hat sich von Anbeginn sehr, sehr schwer getan, einen solchen Weg mitzugehen, hat sich auch eingebracht, hat durchaus das eine oder andere ganz, ganz wichtige Detail auch mitverhandelt und es war eine gute Entscheidung, zu der ich auch heute und auch meine Fraktion heute noch steht (*Applaus ÖVP*) und es jetzt der Fall ist, dass man sagt, diesen eingeschlagenen Weg trauen wir uns nicht weitergehen. Wir möchten wieder umkehren, wohl wissend, dass es wahrscheinlich gar keinen Verkäufer und diese Situation nicht mehr geben kann. Aber wir signalisieren doch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei den Grazer Stadtwerken, das wir einen Weg einschlagen und dass wir einen Weg wieder zurückgehen wollen, das ist für mich persönlich enttäuschend, ich hätte mir gewünscht, dass wir das, was uns zum Teil versprochen worden ist, aber auch das, was uns vom Gemeinderat, vom Aufsichtsrat, aber auch von den Experten verpflichtend übertragen worden ist, noch schneller umsetzen als wir das bisher getan haben und da geht es richtigerweise um zukünftige Geschäftsfelder, es geht um Entwicklungen, die bei den Stadtwerken längst eingeleitet worden sind, und das sollte man ja auch einmal sagen, lassen Sie mich aber noch anfangen bei unserem Partner, bei unserem Unternehmen Estag. Wir sind nicht nur Grazer, wir sind auch Steirer und es gibt genügend Turbulenzen um die Estag. Aber wenn Sie das Unternehmen betriebswirtschaftlich betrachten, vor allem den Energiesektor und nicht die anderen Spielwiesen, die es gegeben hat bei der Estag, dann ist die Estag ein Unternehmen, das einen Gewinn ausschütten wird, voraussichtlich im heurigen Jahr von weit über 60 Millionen Euro, sie werden ausschütten können in etwa davon, das werden wir dann eh sehen, aber ich denke dass das zutreffen wird, bis 30 Millionen werden ausschüttungsfähig davon sein. Das heißt, wir haben uns für einen Partner entschieden in einem liberalisierten Markt, weil wir einen Partner brauchen werden. Wenn das, was Sie heute beschließen werden,

Wirklichkeit wird, stehen die Stadtwerke im Energiesektor auch wieder alleine da. Was zur Folge haben wird, und das bitte ich zu beachten, dass selbst das steirische Energieunternehmen mit Angriffen kommen muss und diese Schlacht wollten wir uns ersparen als Steirer und als Grazer, um Kunden abzuwerben, und das trifft uns da natürlich (Applaus ÖVP). Wir sprachen über neue Geschäftsfelder Flughafen Graz, alle Schwierigkeiten da kennen Sie, wir sollten drüber reden, wie wir unter Umständen mit den Kanalagenden für einen gesamtheitlichen Siedlungswasserbau in der Ver- und Entsorgung dann wirklich auch bei unseren Stadtwerken, die gehören uns, und da rede ich nicht davon, dass irgendwas wieder wohin gehen soll, dort verstärkt da sein soll, wir reden über eine hundertprozentige Verantwortung bei der AEVG, unter Umständen sogar unserem alten Wunsch entsprechend drüber nachzudenken, dass das Müllabholen bis zur letzten Entsorgung auch mit unserer mechanisch biologischen neuen Richtung zum Erfolg führen wird, wir müssen drüber nachdenken, dass wir die Medienfabrik ergänzen mit den Werbungs- und Kommunikationsgeschäftsfeldern, die es dort gibt, die sind gut unterwegs, auch beim Ankünder, auch international, es ist wichtig, dass bei der Bestattung sind sie steiermarkweit in Zukunft unterwegs, das erfordert genauso wie beim Ankünder Investitionen, die sie sich jetzt leisten können, weil 300 Millionen an Barreserven bei den Stadtwerken sind. Wir haben viele Plus zu verzeichnen, die wir nur auch wirklich sehen und erkennen müssen, die Energiepreise haben sich in Teilen bis zu 4,5 % für Grazerinnen und Grazer gesenkt. Ich weiß nichts von einer Strompreiserhöhung für die Grazerinnen und Grazer durch unser Energieunternehmen gekoppelt auch mit der Estag. Das Flughafengeschäftsfeld hätten wir abgeben müssen; wenn das Land Steiermark den Flughafen verkauft hätte, hätten wir keine Gelder gehabt und auch für unser Budget selbst wäre es nicht angenehm gewesen, wenn wir diesen Verkaufsakt nicht gesetzt hätten.

Zwischenruf GR. Herper: Habe Mitteilung bekommen, dass mein Strompreis erhöht wird, hier in Graz.

Bgm. Mag. **Nagl**: Dann ist es aber sicherlich nicht über die Energie Graz gegangen, das ist möglich, dass du im Stadtgebiet einen anderen Energieversorger hast, das müssen wir klären, aber bitte nicht die Grazer Stadtwerke und die Energie (*Applaus ÖVP*), können wir uns aber noch anschauen. Wir stehen vor einer wichtigen Entscheidung und wir debattieren es Woche für Woche, dass das Bad Eggenberg restauriert werden muss und zwar wirklich muss, oder neu gebaut werden muss. Das ist nur dann möglich, wenn wir auch auf die Gelder, die es sowohl bei der Stadt Graz gibt als auch dort gibt, zugreifen können. Wir haben unter anderem vor, dass wir beim ÖV noch investieren und wir haben vor, dass wir im Ökobereich investieren. Wenn jetzt auch interimistische Geschäftsführern oder Aufsichtsräte der Estag das nicht einhalten wollen, was wir mit der damaligen Führung ausgemacht haben, dann müssen wir uns mit unseren Geschäftsführer, dann müssen wir uns mit unseren Aufsichtsräten dort durchsetzen, das sind ja auch verbriefte Dinge und das mag schon ein Rangeln wieder um die eine oder andere Position geben, aber ich glaube, dass wir gut verhandelt haben. Wir haben ja auch die Bestätigung bekommen, es ist ausgeschreiben worden, das Land Steieramrk, sprich: die Estag, hat auch einen Überpreis bezahlt, etwas, was wir angestrebt haben. Wir haben damals klar gesagt, wir verschenken nichts, weil es so was wie eine strategische Komponente gibt und diese strategische Komponente, und das würde ich keinem Geschäftsführer der Estag auch verübeln, wenn die drinnen ist, weil das ist international üblich, wenn du dir Markanteile sichern willst, dann musst du manchmal auch eine strategische Prämie und einen Überpreis bezahlen und dieser Überpreis, der liegt bei uns, Sie wissen das, das ist unsere EGG-Rücklage, die wir haben, die zweckgebunden ist für den ÖV-Bereich, der wiederum den Stadtwerken helfen soll, zweckgebunden für den Freizeitbereich, ebenfalls bei den Grazer Stadtwerken. Ich glaube, dass wir mehr Energie und mehr Einsatz in die noch offenen Aufgabenfelder hätten investieren müssen bis jetzt oder es noch schneller vorantreiben, aber doch nicht den Zuruf nach drüben, der Grazer Gemeinderat überlegt sich die ganze Geschichte wieder und hätte es anders gerne. Deswegen bitte ich auch um Verständnis, dass meine Fraktion bei diesem Antrag einfach nicht mitgehen kann, weil wir glauben, ein Ziel vor Augen zu haben, dass aus diesem Unternehmen wirklich ein schlagkräftiges Unternehmen nicht nur wird, sondern auch bleibt (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 15.50 Uhr den Vorsitz.

GR. **Kolar:** Geschätzter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Ich persönlich bin sehr stolz und froh, dass der SPÖ-Vorsitzende und Vizebürgermeister dieser Stadt diesen politisch mutigen Schritt gesetzt hat, hier das zu thematisieren und letztendlich auch hier in einen dringlichen Antrag einzubringen. Wir wollen nur eines, wir wollen letztendlich ein starkes Grazer Stadtwerkeunternehmen haben und letztendlich das wird dazu dienen. Wie viele jetzt auch schon hier gesagt haben, meine Vorredner, wenn ich da anschließen darf, beim Karl-Heinz Herper, beim Herrn Vizebürgermeister, zum Teil auch beim Kollegen Schmalhardt. Hier sind wesentliche Dinge gesagt worden, ich möchte auf ein paar Dinge eingehen, die der Herr Bürgermeister auch dargestellt hat, in dem er sagt, na gut, das Unternehmen ist knapp vor der Liquidation gestanden und knapp vor dem Ausgleichsrichter, dann ist das, meines Erachtens unrichtig, weil die Sorge der Vorstände, und das wissen Sie auch, Herr Bürgermeister, damals an Sie herangetragen wurde, wie werden wir die zukünftigen Investitionen bewältigen? Wenn ich nur dann an den Verkehr denke, und wie werden wir auch den öffentlichen Verkehr, der ja mit rund 200 Millionen Schilling auch jährlich zu Buche schlägt, wie werden wir das alles mit diesen Grazer Stadtwerken zustande bringen? Faktum war, und das war nicht lustig, Sepp Schmalhardt, es war für uns nicht lustig wie du gesagt hast, eigentlich war das irgendwie Spaß und Tollerei, aber es war für uns nicht lustig, als Gewerkschaften, hier mitzuverhandeln. Nachdem wir gesehen haben, was die fünf Weisen eigentlich vorgelegt haben, und wie eine eigene KPMG, also ein eigenes Unternehmen beauftragt haben, was dann diesen Weisenbericht dementsprechend neu definiert hat, um das sehr freundlich zu formulieren, hat man gesehen, was dahinter gesteckt ist. Faktum ist in der Frage gewesen für uns, dass es eigentlich eine Vielzahl von Experten, und mit dem hat der Herr Bürgermeister ja auch Recht, vor zwei Jahren, meine Damen und Herren, ist die Energiepolitik in dem Land und europaweit so eingeschätzt worden, dass kein Stein mehr auf dem anderen bleibt, das waren ja bitte die zentralen Aussagen, die wir gehabt haben. Es wird sich so dramatisch verändern durch diese Liberalisierung, geschätzter Herr Kollege, das stimmt ja auch, dass es eigentlich in der Energiewirtschaft nicht mehr möglich sein wird, ein kleines

Unternehmen dementsprechend mehr am Leben zu erhalten. Und es waren letztendlich auch die Beweggründe, hier mitzutun und letztendlich auch darauf zu schauen, dass das Unternehmen grundsätzlich mit den Dienstleistungsverträgen und auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter so abgesichert wurden, wie das gelungen ist. Das letztendlich, und jetzt wiederhole ich mich schon, vieles nicht so stattfindet und die Christa Warmuth ist ja auch hier anwesend und täglich ein Zeuge und der Kollege Schmalhardt als Mitarbeiter auch dieses Unternehmens, das vieles nicht so funktioniert, wie wir uns das gewünscht haben und wie es versprochen wurde, ist letztendlich Tatsache. Und dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Sepp, das weißt du gleich gut oder besser wie ich, große Sorgen haben, dass es so nicht weitergehen kann, das wissen wir auch, da sind wir uns auch einig und deswegen schätze ich auch deine Einschätzung und hier auch deinen Zugang, dass du auch mitgehen wirst und dieses politische Unternehmen, den Rückkauf, dementsprechend unterstützen wirst. Für uns als Gewerkschafter, darf ich noch anfügen, ist es auch darum gegangen, ganz klar und deutlich zu positionieren, dass man einfach die Dienstnehmerschaft dementsprechend absichert, dass man letztendlich darauf schaut, dass diese Menschen, die dort beschäftigt sind, weiterhin einen sicheren Arbeitsplatz haben und letztendlich auch eine Chance in der Zukunft. Und, ich will mich nicht wiederholen, es ist Wesentliches gesagt worden, ich ersuche alle und letztendlich auch die geschätzten Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP. Meine Damen und Herren im Grazer Gemeinderat, sagen wir ein klares Ja zu starken Grazer Stadtwerken und sagen wir ein klares Ja zum Rückkauf unserer Energieanteile. Danke (*Applaus SPÖ*).

GRin. Mag. **Bauer**: Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Ich möchte hier nachdem auch der Strompreis angesprochen wurde, Ihnen erläutern, wie sich der Strompreis in der Steiermark und in Graz auch entwickelt hat. Ich habe hier vorliegen, ein paar Kopien gibt es noch, zurückgerechnet bis zum Jahr 1999. Wenn wir im Jahr 1999 starten, für einen Haushalt uns das anschauen, ein Haushaltsdurchschnittsverbrauch liegt bei 3.500 Kilowattstunden, dann im Jahr 1999 den Faktor 100, es hat dann mehrere Änderungen gegeben, einen politischen Eingriff des Landes, wo eine Strompreissenkung verordnet wurde, das war im Jänner

2000. Im Oktober 2001 hat es wieder einen politischen Eingriff gegeben, indem die Netze getrennt wurden und da hat es schon angefangen eine differenzierte Entwicklung zu zeigen bei den Strompreisen und zwar, dass es in weiten Teilen der Steiermark auf 105 Prozentpunkte gestiegen ist, in Graz hingegen sich auf 95 Prozentpunkte gesenkt hat. Das heißt, es war durch den politischen Eingriff in die Netztrennung schon etwas anderes. Es hat weitere Eingriffe gegeben dann durch die Liberalisierung, der Herr Kollege Frölich hat das angesprochen, da hat der Regulator eingegriffen, das heißt, auch eine andere Form für mich des politischen Eingriffs und heute stehen wir auf einer Entwicklung in der Steiermark, das heißt, von Prozentpunkten in Graz und bei 109 Prozentpunkten im übrigen Netz der Steiermark, das heißt, das Steweag-Steg-Netz. Sehr geehrte Damen und Herren und werter Herr Bürgermeister, Sie haben gesagt, natürlich sind wir Grazer und wir sind auch Steirer, aber in erster Linie haben wir auf die Grazerinnen und Grazer zu schauen und in erster Linie haben wir auf die Stromrechnungen unserer Haushalte in Graz zu schauen und hier müssen wir ein Zeichen setzen (*Applaus SPÖ*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Meine Damen und Herren! Ich möchte noch einen Aspekt beleuchten, der heute gar nicht angesprochen worden ist, und er hängt unmittelbar mit der massiven Estag-Krise zusammen. Die neuen Vorstände, insbesondere der Herr Vorstand Dietz, hat eine Reihe von Haltungsänderungen in der Estag bewirkt, die sich unmittelbar auf diese gemeinsame Partnerschaft in der Energie Graz GmbH auswirken. Und ich frage mich, wenn man sich das genauer anschaut, ist das noch diese freundliche, zukunftsgerichtete, im Interesse der Steiermark gelegene gemeinsame Vorgehensweise im Energiesektor, wie sie der Herr Bürgermeister vorhin geschildert hat? Ist es so, wenn zum Beispiel die im Rahmenvertrag festgelegte Haftung der Estag und zwar über die bestmöglichen Kredite, die unserer Tochtergesellschaft zur Verfügung zu stellen sind, nicht mehr gewährt wird? Wenn die Kreditzinsen in die Höhe geschossen werden, wenn also vertraglich und politisch akkordierte Vereinbarungen gebrochen werden, dass wir von einer guten Partnerschaft reden können, wenn wir gleichzeitig wissen, dass das das Ergebnis der Energie Graz belasten wird und zwar ganz gewaltig belasten wird und zwar ganz gewaltig belasten wird, sodass die Rückzahlungen der 300 Millionen gar nicht in dem

Tempo abgewickelt werden können, wie sie eigentlich vorgesehen waren. Ist das die gute Partnerschaft? Nein, das ist der Bruch einer Vereinbarung, einer vertraglich fixierten Vereinbarung, meine Damen und Herren. Ist es ein gutes Verhalten von Partnern in einem Bereich, die ein gemeinsames Ziel verfolgen, wenn der Dienstleistungsvertrag, der ausgehandelt ist, in Frage gestellt wird und zwar ganz massiv und grundsätzlich in Frage gestellt wird durch die neuen Vorstände der Estag? Ist es dieses partnerschaftliche Verhalten, von dem wir ausgegangen sind und das der Herr Bürgermeister in plastischen Farben geschildert hat, wenn von einer Wertberichtigung der Beteiligung an der EGG in der Bilanz der Estag gesprochen wird und sozusagen das als Drohung verwendet wird, um uns dazu zu bewegen, einen wesentlichen Anteil unserer Beteiligung aufzugeben, um das Unternehmen hauptsächlich bestimmen und führen zu können? Das ist das alles nicht, sondern es ist der Bruch von politischen Vereinbarungen. Und wir sollten die politische Dimension dieser Vorgehensweise keineswegs unterschätzen. Versprechen, Zusagen, die auf Landesebene gegeben worden sind, scheinen nicht mehr zu halten, ich sage, scheinen nicht mehr zu halten, weil das Ganze ja noch nicht ausgestanden ist. Das wird den Vermögensstand der Stadt Graz tatsächlich belasten und wenn man zu einem Unternehmen nicht mehr stehen will oder stehen kann, wie das offenbar auf Estag-Seite der Fall ist, ja warum sollte man sich nicht davon trennen, meine Damen und Herren? Und wenn man sich davon trennen will, und es ist für mich jetzt der interessante Punkt und meine Frage an den Kaufmann Siegfried Nagl, wenn wir für die Stadt ein gutes Geschäft machen könnten, wenn wir für die Stadtwerke ein gutes Geschäft machen könnten, um es richtig zu sagen, weil unsere Beteiligungen an der EEG nur 2 % ausmachen, wenn die Stadtwerke ein gutes Geschäft machen könnten, warum sollten sie das nicht tun? Wenn die Anteile tatsächlich so wenig wert sind, wie es jetzt dargestellt wird, das ist ein Kaufpreis, über den sollten sich die Vorstände im Interesse der Stadtwerke und im Interesse der Aktionärin Stadt Graz ehrlich Gedanken machen. Und dann können wir weitersehen, ob das wirklich alles so ist, wie es jetzt dargestellt wird, um in Wirklichkeit von einem größeren Skandal in der Estag abzulenken, meine Damen und Herren (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Warmuth:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine ganzen Vorredner haben eigentlich die letzten Jahre ja wieder aufgerollt. Ein Punkt ist mir sehr wichtig und den möchte ich hier ansprechen, und uns Sozialdemokraten war der Punkt sehr wichtig, der Dienstleistungsvertrag. Wenn ich zurückblicke, die UCG hat vorgeschlagen den Dienstleistungsvertrag bis Ende 2003. Uns ist es gelungen, den Dienstleistungsvertrag auf zehn Jahre auszudehnen, das heißt, bis Ende 2007 mit den jetzigen Konditionen und weitere fünf Jahre mit den Marktpreisen. Alle Berater haben gesagt, Marktpreise können wir halten und, ich muss auch dazusagen, es ist auch richtig, dass wir sie halten können. Faktum ist aber, der Kooperationsvertrag ist unterschrieben worden, nicht aber der Dienstleistungsvertrag. Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Dienstleistungsvertrag wurde von Seiten der Estag bis zum heutigen Tag nicht unterschrieben. Ja, das sind Tatsachen. Eine Aussage von Interimsvorstand Ditz, wo ich auch sage, der ist bewusst nach Graz geholt worden mit Hintergedanken, wortwörtlich bei einer Aufsichtsratssitzung: „Der Dienstleistungsvertrag interessiert mich nicht“ und dementsprechend agiert auch der Geschäftsführer Mag. Hanik. Liebe Kolleginnen und Kollegen, was das für das Unternehmen bedeutet, glaube ich, brauche ich euch allen nicht sagen. Lieber Rudi, du weißt es ganz genau, es tut mir Leid, dass ich deinen Hanik angreife, aber es ist so, man muss den Tatsachen in die Augen schauen (*Applaus SPÖ*). Jede Rechnung, die man legt, muss man fünfmal hinlegen, muss man fünfmal erklären und, und, und. Wir haben schon eine Möglichkeit, wir können zum Schiedsgericht gehen, aber bitte, ist das der richtige Weg mit einem Partner? Muss ich mit einem Partner über das Gericht reden, ja das kann es ja nicht sein. Die Grazer Stadtwerke sind jetzt soweit, es hat bereits ein Gespräch gegeben, sie sollen es wissen, das nächste Gespräch soll morgen stattfinden, dass Dienstleistungspaket wird gerade aufgeschnürt, das heißt, jede Position wird neu besprochen, neu definiert, wie mühsam das ist, brauche ich euch nicht sagen, das die Unsicherheit in der Belegschaft drinnen ist, brauche ich euch auch nicht sagen. Wie weit wir kommen und was herauskommt, kann ich in der Minute nicht sagen, aber ich hoffe schon, dass man die Herren soweit bringt, mittlerweile haben sie sich ja geändert, dass sie dem nachkommen, was 2002 abgeschlossen wurde. Ich kann nur eines sagen, wenn Verträge nicht eingehalten werden, sondern in Frage gestellt werden, kann man von einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit nicht sprechen. Ich danke Ihnen (*Applaus SPÖ*).

StR. Mag. Dr. **Buchmann**: Meine Damen und Herren! Auch als Wirtschaftsreferent dieser Stadt macht mich diese Diskussion durchaus betroffen, weil das ein bisschen ein Signal auch dafür ist, dass offenkundig die öffentliche Hand, und ich habe das manchmal als sehr ungerecht empfunden, aber die öffentliche Hand als kein guter Eigentümer privatwirtschaftlich organisatorischer und privatwirtschaftlich geführter Unternehmungen gesehen wird. So wie diese Diskussion heute stattfindet, ist das ein Indiz in diese Richtung, dass diese Meinung in der Öffentlichkeit eine durchaus gerechtfertigte ist, denn welcher Eigentümer würde seinem Unternehmen, noch dazu seinem stärksten Unternehmen und seinem größten Unternehmen und seinem Leitunternehmen im Besitz der öffentlichen Hand, so etwas antun. Welcher Unternehmer, und wir sind bitte die Eigentümer...

Zwischenruf GR. Kolar unverständlich.

Dr. **Buchmann**: Lieber Willi Kolar, wir sind die Eigentümer der Grazer Stadtwerke und die Grazer Stadtwerke sind in einem gravierenden Eigentumsverhältnis dann bei den Energiebereichen noch beteiligt. Welcher Eigentümer würde das seinem Unternehmen antun, dass er innerhalb kürzester Zeit einen Salto rückwärts macht und alles das, was vor zwei Jahren gegolten hat, nach zwei Jahren auf einmal über Bord wirft und so tut, als wenn das nicht gegeben hätte, das ist keine Position der Rechtssicherheit, nicht nur für das Unternehmen, auch nicht für die Mitarbeiter, weil was müssen sich auch das Management, was müssen sich die Damen und Herren in diesem Unternehmen denken, wenn das heute der Fall ist, das eine Meinung von vor zwei Jahren sofort wieder zurückgenommen wird, was ist den in zwei Jahren dann, wird dann diese Meinung wieder zurückgenommen und es ist alles anders? Das ist keine Position einer Rechtssicherheit und das muss die Bevölkerung bedenklich machen und auch betroffen machen. Zum Zweiten, Willi, und du weißt, wir diskutieren sehr intensiv manche Bereiche, du hast heute, ich nehme an, es war ein Freudscher Versprecher, aber es war ein guter, du hast davon gesprochen, dass die

Stadtwerke und unsere Energiegesellschaft ein politisches Unternehmen sind. Jetzt weiß ich nicht, aus welcher Perspektive du das so siehst...

Zwischenrufe unverständlich.

Dr. **Buchmann**: Man kann es dann eh im Protokoll nachlesen. Du hast das gemeint, aber der Verdacht liegt nahe, dass es von manchen so gesehen wird, dass unsere ...

Zwischenrufe unverständlich.

Dr. **Buchmann**: Ich weiß nicht, warum Ihr euch so aufregt, wenn du es eh nicht so gemeint hast, dann brauchst dich nicht aufregen und wenn du es so gemeint hast, dann kannst dazu stehen. Ich sage dir, für unsere Fraktion (*Applaus ÖVP*), für die Volkspartei, sind die Stadtwerke kein politisches Unternehmen, sondern sind eine Aktiengesellschaft, die nach gewissen Grundprinzipien funktioniert, und bei dieser Aktiengesellschaft hat natürlich der Eigentümer, und der Gemeinderat ist der verlängerte Arm des Eigentümers, das Recht, die Linie vorzugeben. Nur wogegen ich mich wehre und auch die Fraktion der Volkspartei sich wehrt, ist es, dass es Unternehmungen gibt, die quasi permanent im politischen Einflussbereich sind, und es hat die Volkspartei auch ein klares Zeichen in der Besetzung der Aufsichtsräte bei den Stadtwerken gemacht, weil es ist kein Politiker mehr seitens der Volkspartei im Aufsichtsrat bei den Grauer Stadtwerken und ich glaube, dass das ein erster richtiger Schritt ist, ich würde euch auch so eine Entscheidung empfehlen (*Applaus ÖVP*). Und zum Finanzstadtrat muss ich schon dazusagen, du hast gesprochen, was der Herr Interimsvorstand Ditz möglicherweise gesagt hat oder nicht, ich habe mit ihm nicht darüber gesprochen, habe das auch nur in den Medien mitverfolgt, aber eines

sollte man nicht vergessen, wer der Stellvertreter vom Herrn Ditz aktuell in dieser Geschichte ist, das ist der Herr Landeshauptmannstellvertreter außer Dienst Schachner-Blazizek...

Zwischenruf GRin. Gesek: Hört, hört.

Zwischenruf Bgm.-Stv. Ferk: Es geht nicht um Personen.

Dr. **Buchmann:** Nein, ich habe weder was Positives noch was Negatives über den Herrn Landeshauptmann außer Dienst gesagt, ich habe nur gesagt, dass er der Stellvertreter vom Herrn Ditz ist, ich habe auch mit dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter außer Dienst Schachner-Blazizek nicht über die Geschichte geredet. Faktum ist nur, dass er einmal Landesvorsitzender der Sozialdemokratie war, ist ja nämlich unbestritten, dass er in dieser Funktion in der Landesregierung gesessen ist, zu einem Zeitpunkt, wo es diese Verhandlungen, was die Stadtwerke betrifft, gegeben hat und dass er ein maßgeblicher Mitverhandler auch war und maßgeblich interessiert war im Landesbesitz befindlichen Unternehmen, nämlich der Estag. Und zwar in mehrheitlichem Landesbesitz. Und dass der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schachner-Blazizek das Unternehmen der Stadtwerke gut kennt, wird auch unbestritten sein, er war dort einmal Generaldirektor. Und das, was in der ganzen Diskussion bis dato unbeantwortet ist, und was ich gerne beantwortet hätte (*Bürgermeister Mag. Nag. läutet mit der Ordnungsglocke*) auch von den Antragstellern und jenen, die diesen Antrag auch so unterstützen, ist, wie wird dieser Rückkauf finanziert, was kostet es den Grazer Steuerzahler, wenn das so getan wird, wie es jetzt hier in diesem Antrag vorgesehen ist, wie viel Eigenkapital haben dann die Grazer Stadtwerke noch und wie gehen sie mit dem Faktum um, dass das, was vor zwei Jahren gegolten hat, und die finanzielle Ausstattung der Stadtwerke hat sich nicht dramatisch verändert in diesen zwei

Jahren, wie gehen Sie damit um, dass unter Umständen ein Unternehmensreorganisationsbedarf gegeben ist nach dem Unternehmensreorganisationsgesetz und dass dieses Unternehmen in seiner Bonität auch am Kapitalmarkt dadurch möglicherweise ganz massiv geschmälert wird (*Applaus ÖVP*)?

GR. **Herper:** Ich wäre nicht darauf eingegangen, wenn unser werter Wirtschaftsförderungsreferent und Wirtschaftsbundvertreter Christian Buchmann sich jetzt so zu Wort gemeldet hätte. Ich sage, ob er sich auskennt, sei unbestritten,...

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Herper:** Du brauchst dich nicht aufbudeln jetzt. Wenn es stimmt, und es gab hier sozusagen Zeugenschaften, wenn es stimmt, und ich war selber bei den Verhandlungen dabei vor zwei Jahren und mehr, wenn es stimmt, na ja, ist ja kein Problem gescheiter zu sein, wenn man inzwischen Erkenntnisse gesammelt hat. Wenn es stimmt, dass Zusagen nicht eingehalten wurden, dass Beschlüsse, die wir hier fassen in Absprache mit dem Land und dem Eigentümer Land, nicht halten, wenn es stimmt, dass Vereinbarungen nicht Gültigkeit haben über den Tag hinaus, dann ist es nur angebracht, dass man zumindest prüfen lässt, ich sage, das Ersuchen zwecks Prüfung stellen lässt, ob es noch sinnhaft ist, mit so einem Partner weiter zu machen und ob es nicht besser ist, wieder eine Rückkaufmöglichkeit in Erwägung zu ziehen. Ich bitte um Verständnis, das wird jeder Kaufmann tun, auch ein Kaufmann Buchmann und ein Kaufmann Nagl. Zweiter Punkt, weil es ja offensichtlich in der Wirtschaftspartei ÖVP Graz doch unterschiedliche Positionen gibt, ich zitiere: Nachdem sich Ditz geoutet hat, der interimistische Estag-Vorstand Ditz, und gemeint hat, am 12. Februar, die restliche Hälfte der Grazer Stadtwerke-Anteil könne auch noch erworben werden, meldet sich am Tag darauf legitimerweise

mit der Position, die ich ja unterstützen kann der Bürgermeister der Stadt, ich zitiere Nagl: Ein weiterer Verkauf von Anteilen der Energie Graz an die Estag wird sowohl von Grazer SPÖ als auch der ÖVP abgelehnt. Aber, was passiert? Vier Tage später in der Kleinen Zeitung, ich zitiere, meinte der jetzt vorhin am Wort gewesene Wirtschaftsstadtrat Buchmann, Zitat Kleine Zeitung 17. März: Dass wir uns an der Estag beteiligen und dafür unsere Anteile der Energie Graz einbringen, ist vorstellbar. Ja, was gilt in der Grazer ÖVP, gilt da Nagl-Linie oder gilt da Buchmann-Linie, das hätte ich gerne einmal gewusst, das ist einmal die eine Seite der Medaille.

Zwischenrufe ÖVP unverständlich.

GR. **Herper:** Habe ich den Nerv getroffen bei euch? (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) Ich habe selbst einen Lernprozess hinter mir beim Studium insbesondere auch der Wirtschaftsseiten, auch der internationalen im Lichte dessen, uns haben die Experten, Leute, die es besser wissen als ich, weil die haben das studiert, die machen das, denen habe ich vertraut in der Meinung, und ich war davon überzeugt, nicht mit Vorbehalt natürlich, eine Liberalisierung würde auch dem privaten Stromkonsumenten, den Stromkunden was bringen können, ätsch, dem war nicht so. Ich hätte eines Besseren belehrt werden müssen, eh schon früher wissen müssen, dass das eh nicht stimmen kann. Den Nutzwert einer Liberalisierung am Markt haben die großen Kunden aber nicht die privaten Stromkunden (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*). Und jetzt spüren wir das und jeder spürt es, ich spüre das zumindest auch bei mir, jetzt geht es ans Gerstl, wenn es um Strompreiserhöhungen geht. Und das, was angekündigt worden ist, so in Zehn-/Fünfzehnjahresfristen, jetzt wird es einmal liberalisiert sein am Markt, freie Marktwirtschaft hat der Kollege Frölich so hinausposaunt, in 10/15 Jahren könnte es sein, dass es dann zu Monopolbildungen kommt. Innerhalb von zwei Jahren, und es gibt nicht nur freundliche, sondern wesentlich unfreundlichere Übernahmen am europäischen Energiemarkt, gibt es die Entwicklung zu Energiemonopolstrukturen und das machen wir einfach nicht mehr mit (*Applaus SPÖ*). Und ich sage auch ein

politisches Wort, ich will mich nicht in die kaufmännischen Agenden des Estag-Konzerns einmischen, ich habe nicht die Bilanz gelesen, ich weiß auch nichts von der Bilanzausschüttung, ich werde das auch nicht konkret zitieren, weil ich werde mir nicht den kaufmännischen Vorwurfs einheimen, ich hätte da von etwas geredet, was ich nicht wüsste, aber ich sage politisch ist die einzige Konsequenz des monatelangen Estag-Skandals die Verhinderung der Preiserhöhung jetzt, weil es die einzig moralisch-politische vertretbare Vorgangsweise ist. Und ich sage es auch, ich habe einen Kronzeugen, weil der vorhin zitiert worden ist, Walter Potz, wie Sie alle wissen, ist der Geschäftsführer der staatlichen Strom- und Gasaufsichtsbehörde Energie Control. Und der Walter Potz erklärt dieser Tage, die Situation rechtfertigt keine Strompreiserhöhung in der Steiermark und in Graz. Der Strom ist sogar in einigen Bereichen billiger zu machen und das sagt der staatliche Regulator, denn die für die verfehlte Politik der Estag, und wurscht wer das ist, Personen sind mir vollkommen egal, ich zitiere sie nicht, Personen sind mir vollkommen egal für die verfehlte Politik bei der Estag darf und dürfen nicht die Stromkunden die Zeche zahlen, das ist die Ansicht (*Applaus SPÖ*). Und in dem Sinne ersuche ich nochmals um Zustimmung zum dringlichen Antrag (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke, Herr Gemeinderat. Es sollten halt alle Stromkunden, die in Graz woanders ihren Strom beziehen und jetzt Erhöhungen haben, von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen und zur Energie Graz wechseln und zu den Stadtwerken wechseln (*Applaus ÖVP*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

2) Grazer Baumschutzverordnung

GR. Mag. **Candussi** stellt namens der Grünen und der KPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Candussi**: Werte Kolleginnen und Kollegen! Im Juni 1995 hat der Grazer Stadtsenat auf Grundlage des Gesetzes zum Schutze des Baumbestandes in der Steiermark, also des Steiermärkischen Baumschutzgesetzes von 1989, die Grazer Baumschutz-Verordnung 1995 beschlossen. Im Zuge einer vom damaligen Stadtrat Josel lancierten und von NaturschützerInnen heftig kritisierten Novelle im Juli beziehungsweise August 2002 wurde die Verordnung sowohl hinsichtlich ihres räumlichen als auch ihres inhaltlichen Wirkungsbereichs stark aufgeweicht, was einen bedenklichen Anstieg an Baumfällungen im Grazer Stadtgebiet zur Folge hatte.

Obwohl die räumliche Geltung der Verordnung durch die Herausnahme des Grüngürtels empfindlich geschmälert wurde, mussten vom Stadtgartenamt.. (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) Karl-Heinz, höre zu, sonst weißt nachher nicht, was zustimmst; aber ich glaube, die Zustimmung ist ohne Spätfolgen zu machen; ...zwischen 1.9.2002 und 31.8.2003 um rund 200 Fällungsansuchen mehr genehmigt werden als im Jahr zuvor noch im gesamten Grazer Stadtgebiet. Die „Dunkelziffer“ der gefallenen Bäume liegt weit über diesen Zahlen, denn es darf davon ausgegangen werden, dass auch, und gerade im Bereich des Grüngürtels, in Folge der Aufhebung der Verordnung zahlreiche Schlägerungen durchgeführt wurden.

Nach wie vor ist auch die Problematik der Baumfällungen im Zuge von Bautätigkeiten nicht einmal ansatzweise gelöst. Zunehmend werden in Graz wertvolle Grünräume und alte Baumbestände Opfer reger Bautätigkeiten. Die Eingriffsmöglichkeiten der städtischen Behörden in diese bedenkliche Entwicklung sind nach der geltenden Rechtslage beschränkt, beziehungsweise wird eine Ausschöpfung der maximalen Grundstücksbaudichte in der Praxis der Baubehörden zugunsten des Grünraum- oder Baumschutzes trotz gesetzlicher Möglichkeiten selten bis nie in Frage gestellt.

Mit dem Inkrafttreten des von der Bundesregierung mittlerweile beschlossenen Zivilrechts-Änderungsgesetzes im Juli 2004 und dem darin verankerten „Recht auf Licht“ wird dem österreichischen Baumbestand nun endgültig die Kettensäge angesetzt. Konnte ein Nachbar oder eine Nachbarin bisher lediglich Überhänge und herüberwachsendes Wurzelwerk beseitigen und war die Entfernung eines Baumes Angelegenheit des Grundeigentümers oder der Grundeigentümerin, so bekommt er oder sie mit den neuen gesetzlichen Regelungen die Möglichkeit, durch Gerichtsurteil die Fällung auf fremdem Grund zu verlangen, wenn er oder sie in der Benutzung seines oder ihres Grundstücks durch Bäume oder Pflanzen „unzumutbar beeinträchtigt“ wird.

Dass Regelungsbedarf besteht, ist uns bewusst, denn es gibt tatsächlich Einzelfälle, in denen die ursprüngliche Bepflanzung im Laufe der Jahre Ausmaße erreicht, die einer entsprechenden Lebensqualität nicht mehr gerecht werden (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), weil wenigstens die Stadtregierung ist guter Dinge. Entsprechende Regelungen können jedoch im Sinne eines ausgewogenen Kleinklimas nur mit besonderem Augenmerk auf standortgerechte Ersatzpflanzungen getroffen werden, was diesem Bundesgesetz gänzlich fehlt.

Die Auswirkungen der Rechtsprechung zu dieser äußerst unbestimmten Gesetzesänderung ist also nicht vorhersehbar. Es ist aber zu befürchten, dass mit dieser Regelung dem Kahlschlag vor allem im städtischen Bereich endgültig Tür und Tor geöffnet wird und das Allgemeininteresse eines stabilen Stadtklimas den Einzelinteressen belästigter Nachbarn gänzlich zum Opfer fällt. Bäume haben eine transpiratorische Kühlfunktion, sie sind Staub- und Lärmfilter und gerade für das Stadtklima und die Gesundheit der BürgerInnen wertvoll und unverzichtbar.

Aus Anlass des Besorgnis erregenden Anstiegs an Baumfällungen im Grazer Stadtgebiet, dem nahenden Inkrafttreten des Zivilrechts-Änderungsgesetzes 2004 und vor allem, um dem Grazer Baumschutz wieder den Stellenwert zukommen zu lassen, der ihm gebührt, stelle ich heute namens der Grazer Grünen und der KPÖ folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen,

1. die zuständigen Stellen des Magistrat Graz also Stadtgartenamt, Naturschutzbeauftragter, Stadtbaudirektion werden beauftragt, unter Miteinbeziehung von Naturschutzinitiativen, des Naturschutzbeirates und anderen ExpertInnen ehest die Überarbeitung der Grazer Baumschutzverordnung einzuleiten,
2. auf Basis der gewonnenen Erkenntnisse der vergangenen Jahre und im Hinblick auf das mit 1. Juli 2004 in Kraft tretende Zivilrechts-Änderungsgesetz 2004 soll ein Neuentwurf erarbeitet werden, der neben der Problematik der so genannten "Schattenbäume" besonders auf eine Regelung des Baumschutzes im Bauverfahren abstellt sowie verstärktes Augenmerk auf standortgerechte Ersatzpflanzungen legt,
3. der Entwurf für einer neue Baumschutzverordnung soll bis Oktober 2004 dem Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung zur Beratung vorgelegt werden. Ich bitte um Annahme.

GR. **Mayr** zur Dringlichkeit: Meine Damen und Herren! Die ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird der Dringlichkeit und dem Inhalt des Antrages zustimmen, wengleich Sie mir trotzdem folgende Anmerkung erlauben: Nämlich, dass wir es hier wieder einmal mit einem Antrag zu tun haben, der die längst eingeleiteten Arbeiten der zuständigen Stellen der Stadt Graz im Nachhinein noch einmal mit dringlichen Worten unterstützten möchte. Aber dennoch, Baumschutz in einer Stadt hat natürlich eine besondere Bedeutung und nach zwei Jahren ist eine Überprüfung der letzten Änderung der Baumschutzverordnung angebracht und allfällige Maßnahmen, die daraus resultieren, zu diskutieren. Etwas, was eben von Amtsseite auch schon in die Wege geleitet wurde. Im Antrag wird besonders Bezug genommen auf die Änderung im Nachbarschaftsrecht, das Thema Recht auf Licht, und hier möchte ich vielleicht zu großem Pessimismus nicht das Wort reden, es gibt hier zum Beispiel in den steirischen Gemeindenachrichten Erläuterungen dazu und hier steht deutlich, dass es um folgende Problemfälle geht, wo durch unkontrollierten Wuchs von Pflanzen die Benutzbarkeit der Nachbarliegenschaft massiv eingeschränkt wird

und da werden Beispiele aufgeführt, die Versumpfung oder Vermoosung größerer Teile des Grundstückes, die vollständige Beschattung einer vorhandenen Solaranlage oder das Erfordernis der Verwendung von künstlichem Licht zur Beleuchtung zu Mittag eines helllichten Sommertages, also doch sehr massive Auswirkungen durch einen unkontrollierten Pflanzenwuchs. Das heißt, es ist natürlich wichtig, die möglichen Auswirkungen dieses neuen Nachbarschaftsrechts zur überlegen und zu diskutieren, allerdings wird es vielleicht nicht so laufen, oder so pessimistisch laufen, wie du, Hermann, das angesprochen hast. Baumschutz in der Stadt hat eine besondere Bedeutung. Allerdings darf man auch nicht die Anliegen jener Anrainer übersehen, auf die Folgendes zutrifft, was auch hier in einem Satz im Antrag formuliert wurde. Es gibt tatsächlich Einzelfälle, in denen die ursprüngliche (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) Bepflanzung im Laufe der Jahre Ausmaße erreicht, die einer entsprechenden Lebensqualität nicht mehr gerecht werden. Also auch diese gerechtfertigten Anliegen muss man natürlich in der Diskussion berücksichtigen und zum Schluss möchte ich nur noch einen Blickpunkt auf einen Teilbereich der Diskussion werfen, nämlich ausgewiesene Wälder unterliegen ja dem Forstschutzgesetz und das Forstschutzgesetz zielt im Wesentlichen natürlich auf die großen Waldflächen und nicht auf kleinräumige Inselwälder, wie sie in einer Stadt vorkommen und hier gibt es auch einen ungenügenden Schutz und meine Hoffnung wäre, dass im Zuge der Diskussion auch darauf eingegangen wird (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig aufgenommen.

GR. Dipl.-Ing. Dr. **Getzinger** zum Antrag: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Meine Fraktion hat der Dringlichkeit selbstverständlich zugestimmt, weil hier nicht nur Dringlichkeit gegeben ist, sondern geradezu so etwas wie Gefahr im Verzug, wenn man sich die Schlägerungsziffern ansieht, die das Stadtgartenamt zur Verfügung stellt. Diese Schlägerungsziffern sind noch dazu unvollständig, denn wie Sie vielleicht wissen, wurde die Meldepflicht von Schlägerungen in gewissen Teilen der Stadt aufgehoben, das heißt, die Statistik ist

seit einiger Zeit unvollständig. Man kann davon ausgehen, dass wesentlich mehr wertvolle Bäume in dieser Stadt gefällt werden, als hier bekannt gegeben werden kann. Im Übrigen, das sei auch schon festgestellt, darf es sich dieses Gremium natürlich nicht nehmen lassen, dass es ab und zu Vorgänge, die in der Stadtregierung ohnehin schon auf dem Weg sind, vielleicht auch noch mit einem Beschluss beschleunigt, also das sei doch der guten Ordnung halber hier festgestellt. Dieses Recht sollten wir uns als Gemeinderat nicht nehmen lassen. Ich denke, Stadtrat Josel hat seinerzeit mit seiner Baumschutzverordnung eindeutig übers Ziel geschossen. Das Ansinnen war vielleicht durchaus ein positives, es hat Nachbarstreitigkeiten gegeben, es hat Beschattungen gegeben, allerlei Missstände, aber sehr feinfühlig wurden die in dieser Verordnung, so gut kenne ich sie mittlerweile, nicht gelöst. Im Gegenteil, der Grüngürtel von Graz, der außer Schutz gestellt wurde, erinnern Sie sich vielleicht noch an die Zeiten, wo von Grünraumdeklarationen die Rede war, wo man für einen absoluten Schutz dieses Grüngürtels plädiert hat, der Grüngürtel wurde außer Schutz gestellt und dort wird mittlerweile ganz vehement geschlägert. Auch natürlich und insbesondere im verbauten Gebiet, in Bereichen, wo Bauland vorherrscht. Meine Damen und Herren, auch aus der Perspektive des Umweltschutzes, ganz besonders aus der Perspektive der Feinstaubbekämpfung ein vordringlicher Aspekt des Umweltschutzes in dieser Stadt ist es wünschenswert, dass der Baumschutz doch verstärkt wieder wahr genommen wird in Graz, Bäume sind, Kollege Candussi, hat das bereits festgestellt, sehr probate und auch sehr kostengünstige Feinstaubfilter in unserer Stadt, wir sollten sie hegen und pflegen. Darüber hinaus sei noch abschließend festgestellt, meine Damen und Herren, es wird immer wieder auf Eigentumsrechte gepocht, Eigentumsrechte bestehen selbstverständlich, sie sind sogar verfassungsmäßig geschützt, aber auch die katholische Soziallehre spricht von der Sozialpflicht des Eigentums (*Applaus SPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Zunächst einmal ist ja auch von Seite der ÖVP das Anliegen, den Baumschutz im Grüngürtel voranzutreiben und ihn hoch zu halten in der Stadt, ja unbestritten. Es wurde schon darauf hingewiesen, dass der Antrag zu einem Zeitpunkt kommt, zu dem eigentlich eh schon alles im Laufen ist. Herr Kollege

Getzinger, Sie wissen es ja auch, wir haben im Naturschutzbeirat das letzte Mal über die Problematik gesprochen und es ist vereinbart, dass bei der nächsten Sitzung, die soweit ich informiert bin, kommenden Mittwoch stattfindet, genau dieses Thema auf der Tagesordnung ist, es wird eine Bilanz vorgelegt über die Wirkungswiese der Baumschutzverordnung. Lassen wir uns aber durch die gestiegenen Fällungen nicht insofern rausbringen, dass wir alle zusammen sehr, sehr genau wissen, dass wir in Graz eine sehr, sehr hohe Dunkelziffer haben und es wahrscheinlich ohne irgendwelche Hinweise auf diese Dunkelziffer sehr, sehr schwer überhaupt festzustellen ist, überhaupt festzustellen ist, ob mehr Bäume gefällt werden oder weniger. Eine zweite Entdramatisierung, glaube ich, ist auch durch das neue Zivilrechts-Änderungsgesetz gegeben, denn in dem Gesetz, wie ich mich gerade beim Magistratsdirektor erkundigt habe, steht ausdrücklich der Wortlaut drinnen, dass die bestehenden Baumverordnungen nicht berührt sind. Das heißt, in dem Gebiet, in dem die Baumschutzverordnung gilt, kann eben nicht ein Nachbar sagen, ich stelle den Antrag, dass in meiner Nachbarschaft ein Baum gefällt wird, weil mir der Schatten nicht passt. Das ist nicht möglich. Ich glaube, es gibt ein großes Problem im Zusammenhang mit der Baumschutzverordnung und für dieses Problem werden wir sicherlich eine Lösung finden. Das ist, dass im Grüngürtel außerhalb der Waldbereich es im Moment keine Regelung gibt bezüglich Baumfällen und das ist sicherlich eine Lücke, die entstanden ist durch die letzte Novellierung, das ist aus meiner Sicht ein Schwerpunkt, auf den wir Acht geben sollten. Wir tun das, es ist ja hier auch offensichtlich auch allgemeine Zustimmung von allen Parteien und wir werden so oder so, unterstützt noch mit allen Stimmen des Gemeinderates hier, dann tatsächlich bis Oktober 2004 eine Änderung vorlegen.

Mag. **Candussi**: Ja, es ist einiges gesagt, was zu bestätigen ist. Ein paar Erläuterungen schon auch dazu. Das Manko, und dieses Zivilrechtsänderungsgesetz hat eben die fatale Wirkung, dass wir genau dort, wo wir jetzt schon keine Baumschutzverordnung haben, nämlich im Grüngürtel, dass es dort sehr wohl wirksam werden kann und ich weiß von Bekannten, die Dienstleistungsunternehmen haben, dass die wirklich schon Kettensäge bei Fuß dastehen, weil sie davon ausgehen, dass dort einiges ins Fallen geraten wird. Der Antrag ist und ich bitte ihn

auch wirklich so zu verstehen, Gerhard, nicht nur in die Richtung gedacht, in die ihr ohnedies bereits arbeitet, sondern ich denke, dass es wirklich notwendig wäre, sich einmal zusammzusetzen mit allen Expertinnen und Experten und zu schauen, wie wir ein umfassendes Paket schnüren können, und damit meine ich jetzt nicht nur eine Novellierung der Baumschutzverordnung. Es ist heute schon so etwas wie ein Gipfeltreffen gefordert worden, vielleicht schaffen wir so etwas wie ein „Wipfeltreffen“ bei dem wir Baumschutz in der Stadt umfassend bearbeiten könnten, und es gibt einige Notwendigkeiten. Es ist nach wie vor ein Antrag aufrecht, der auch einstimmig angenommen wurde, den Baumschutz im Bauverfahren entsprechend zu verankern. Da gibt es bis jetzt keine Vorarbeiten meines Wissens. Es gibt eben diese Änderung des Zivilrechtsgesetzes, es gibt möglicherweise forstrechtliche Notwendigkeiten, das ist auch schon angesprochen, diese Waldinseln, wo wir selbst nicht viel tun können, aber Petitionen an Land und Bund richten können. Es wäre dringend notwendig, auch so etwas wie einen Heckenschutz in der Stadt zu verankern, das ist ein Bereich, der zur Zeit kaum geschützt ist und der ökologisch immens wichtig ist und, und das war eigentlich schon die Forderung an Stadtrat Josel, parallel zur Baumschutzverordnungsnovelle so etwas wie ein Betreuungs- und Hilfspaket zu schnüren, mit dem man es den Leuten erleichtert, Bäume zu erhalten und zu schauen, welche Möglichkeiten die Stadt da anbieten kann, weil in vielen Fällen, das wissen wir auch, werden Bäume einfach umgeschnitten, weil die Leute nicht mehr in der Lage sind, den Laubfall oder den Astschnitt etc. selbst durchzuführen, das sehr teure Pflegemaßnahmen sind und da ist es sicher dringend notwendig, von Seiten der Stadt entsprechende Hilfsangebote zu stellen. Ich würde mir so was wie eine Enquete wünschen, wo man dieses umfassende Thema behandelt und dann schaut, in welche Richtungen gibt es Änderungsbedarf und dass die Baumschutznovelle dringend notwendig ist, darüber gibt es Gott sei Dank Einigkeit. Ich danke für die einstimmige Annahme und hoffe, dass wir im Oktober da entsprechende Ergebnisse vorzuweisen und abzustimmen haben. Dankeschön (*Applaus Grüne*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.